

und die Jugend im besonderen. Zum anderen betont er aber auch: „Wenn man den psychischen Tendenzen junger Menschen nachspürt, die in ihren kritischen Äußerungen erkennbar werden, erscheint Deutschland als

Metapher für die erstrebenswerte Heimat. Es soll eine Kultur der Gerechtigkeit, der Aufklärung, der Offenheit sein, ein Land, in dem Freiheit und Ordnung keine Widersprüche sind“ (367). A. F.

Albanien: Das Chaos und die Kirchen

Nach den Unruhen der vergangenen Wochen ist Albanien politisch und wirtschaftlich ein Scherbenhaufen. Die katholische und orthodoxe Kirche des Landes haben Gewicht als moralische und integrierende Instanzen.

Im April dieses Jahres jährte sich zum zwölften Mal der Todestag *Enver Hoxhas*, eines der grausamsten Diktatoren dieses Jahrhunderts. Außer den einigen ehemaligen Mitstreitern, die Blumen an seinem Grab am Zentralfriedhof der albanischen Hauptstadt Tirana auch diesmal niederlegten, wird ihm wohl die Mehrheit der etwa 3,4 Millionen Einwohner des kleinen Balkanstaates keine Tränen nachweinen, geschweige denn sein Andenken ehren. Analysiert man die Ereignisse der letzten Jahre in Albanien, kommt man zum Schluß, daß die jetzige Krise eine indirekte Folge seiner Anfang der 90er Jahre untergegangenen kommunistischen Gewaltherrschaft ist.

Das diktatorische System und die kommunistisch-stalinistische Ideologie haben die Albaner in eine politisch-soziale Passivität getrieben. Andererseits nahmen es offensichtlich die meisten Menschen einfach hin – und fühlten sich womöglich sogar wohl dabei –, daß sie für das Gelingen oder auch Mißlingen des täglichen Lebens keine Selbstverantwortung zu tragen hatten. Der Staat und damit die allein herrschende kommunistische Partei hatten zwar das Sagen, trugen aber zugleich auch die Verantwortung für die soziale und finanzielle Sicherheit der Bürger. Eine leistungsorientierte Lebensweise oder ein Streben nach einem höheren Standard lohnte sich nicht, da das Land vom Rest der Welt jahrelang völ-

lig isoliert war und weil es kein Privateigentum gab.

Das Chaos kam nicht überraschend

Eine andere Lebensperspektive eröffnete sich für die Albaner erst mit der politischen Wende Anfang der 90er Jahre. Unbestritten ist, daß die neue, nach den Mehrparteien-Wahlen im März 1992 vom Volk frei und demokratisch gewählte Staatsspitze anfangs die größten Anstrengungen unternommen hatte, das Land nach den Prinzipien der Demokratie strukturell zu verändern. Mit einem rasanten Tempo wurden neue Gesetze hinsichtlich der Achtung der Menschenrechte, der Zulassung von Glaubensgemeinschaften, der Privatisierung der Wirtschaft im von der Demokratischen Partei (PD) dominierten Parlament, verabschiedet. Mit der Umsetzung dieser Gesetze ging es jedoch weniger zügig voran.

Die Partei von Staatspräsident *Sali Berisha*, die nach wie vor Demokratische Partei heißt, büßte in den letzten zwei bis drei Jahren enorm an Sympathien bei der Bevölkerungsmehrheit ein. Auch Parteichef Berisha erwies sich in vielen Fällen als überzogen autoritär, wenn nicht sogar despotisch. Den Ministern und Staatsbediensteten, die bisher vorwiegend und zwangsläufig

der PD angehörten, wird nachgesagt, sich mehr um den eigenen Profit als um das Gemeinwohl oder um die Einhaltung der Gesetze gekümmert zu haben. Manche Beobachter behaupten sogar, daß die Regierungsspitze viele Gemeinsamkeiten mit dem alten Regime aufweise. Der Unterschied liege allein darin, wird ironisch bemerkt, daß man heute laut über Korruption stöhne, wo man früher weise schwieg. Einerseits ließen die Mitglieder der PD politische Toleranz gegenüber oppositionellen Parteien keinesfalls erkennen: Kritik wurde nicht als konstruktiv aufgefaßt, sondern vielmehr als böswilliger Angriff auf den Staat und somit auf die allein herrschende Partei ausgelegt. Diese Sichtweise wurde durch politische Prozesse gegen Oppositionspolitiker, aber auch durch staatlichen Druck auf kritische Journalisten belegt.

Andererseits tolerierte der Staat beispielsweise wirtschaftliche Freibeutelei, indem er illegale Bauten auf fremdem Grund oder das kostenlose Anzapfen von Strom und Wasser ohne Reaktion hinnahm. Der Schmuggel von Treibstoff nach Serbien und Montenegro – trotz UNO-Sanktionen – wurde nicht geahndet. Auch Drogen- und Waffenschmuggel ließ man staatlicherseits zu einem profitablen Geschäft florieren.

Der jüngste Skandal um die sogenannten Sparpyramiden und der daraus resultierende Ausbruch des Volkszorns belegen, wie schwierig es ist, eine jahrzehntelange stalinistische Diktatur zu einem demokratischen Rechtsstaat umzubauen und eine mündige Bürgergesellschaft entstehen zu lassen. Es ist demzufolge nicht verwunderlich, daß nach dem Zusammenbruch dieser Pyramidenfirmen ein Chaos im Lande entstanden ist. Die geprellten Sparer machen die Regierung für ihre Verluste verantwortlich und fordern vom Staat Entschädigung. In dieser Denkweise ist zwar die Kategorie der Selbstverantwortung kaum verankert, sie ist aber in gewisser Weise folgerichtig. Die neuen Machthaber haben nämlich den Albanern sozusagen goldene Berge aus dem Westen versprochen

und verstärkten damit die Erwartung, ohne eigene Anstrengung schnell reich zu werden. So hat sich die Bevölkerung des ärmsten Landes Europas von Finanzspielen mitreißen lassen und glaubte fälschlicherweise an die Erreichung finanzieller Luftschlösser.

Trotz andauernder Transformationschwierigkeiten sind vor allem auf rechtlichem Gebiet begrüßenswerte Entwicklungen zu erkennen, die sich wiederum auf das politisch-gesellschaftliche Leben in Albanien positiv auswirken. Ein neues Bürgerliches Gesetzbuch trat Ende 1994 in Kraft. Im Juli 1995 wurde vom Parlament ein Arbeitsgesetzbuch verabschiedet. Das neue Strafgesetzbuch, das am 1. Juni 1995 in Kraft getreten ist, sieht zwar verhältnismäßig harte Strafen vor, mit Unterstützung des Europarats wurde es jedoch den Grundsätzen angepaßt, die in westlichen Demokratien üblich sind. Am 31. Juli 1996 ratifizierte das albanische Parlament die Europäische Konvention über die Menschenrechte und die Vermeidung von Folter sowie unmenschlicher und entwürdigender Behandlung oder Bestrafung. Hinsichtlich der Verbesserung des Minderheitenstatus der ethnischen Griechen erzielte man einen wesentlichen Fortschritt durch die Unterzeichnung eines Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit, gute Nachbarschaft und Sicherheit zwischen Albanien und Griechenland am 21. März 1996. Auf der Grundlage dieses Vertrages „erkennen die beiden Staaten den historischen Beitrag beider Völker an und unterstützen ihre Beziehungen bei menschlichen Werten, bei der Demokratie, bei Pluralismus, sowie bei der Achtung der Menschen- und Minderheitenrechte“. Griechenland verpflichtete sich in dem Text zusätzlich, die Integration Albaniens in alle europäischen Strukturen zu unterstützen.

Die Beziehungen zwischen Staat und Kirche gestalten sich immer noch etwas holperig. Insbesondere die *albanische Orthodoxe Kirche* fühlt sich staatlicher Diskriminierung ausgesetzt. Beispielsweise löste die Bekanntgabe der Pläne

der Regierung vom März 1996, eine Reihe von nach der Wende wieder in Gebrauch genommenen Gotteshäusern zu verstaatlichen, eine Protestwelle unter den orthodoxen Albanern aus. Das Oberhaupt der albanischen Orthodoxen, Erzbischof *Anastasios Janulatos*, erhob als erster seine Stimme dagegen, da diese Pläne neben einer katholischen Kirche und zwei Moscheen 18 orthodoxe Kirchenbauten betrafen. Begründet wurde diese Maßnahme damit, daß es sich hierbei um „wichtige Zeugnisse des albanischen architektonischen Erbes“ handele.

Die Rolle der Kirchen

Der Erzbischof befürchtete, daß in Zukunft keine gottesdienstliche Nutzung dieser Gotteshäuser möglich sein werde. Darüber hinaus sah Erzbischof Anastasios dahinter politische Tendenzen, die orthodoxe Kirche Albaniens wegen angeblicher griechischer Einflußnahmen bestrafen zu wollen. Mehrfach bestritt er die Unterstellung, das albanische Element in der orthodoxen Kirche des Landes würde zugunsten des griechischen ins Hintertreffen geraten. Janulatos wies mehrmals darauf hin, daß die orthodoxe Kirche Albaniens multinational sei und es in ihr keine ethnische Mehrheit oder Minderheit gebe. Er selbst hatte eine karitative Organisation unter dem Namen „Dienst der Liebe“ ins Leben gerufen. Diese verteilt Nahrungsmittel, Bekleidung und Medikamente nicht nur an Orthodoxe, sondern an bedürftige Albaner jeder religiösen Zugehörigkeit.

Einen schweren Rückschlag hat im August 1996 die Beziehung zwischen der albanischen Orthodoxen Kirche und der *islamischen Glaubensgemeinschaft* in Albanien erlitten. In der Orthodoxen Kirche St. Michael in Voskopja wurden 23 Fresken von islamischen Fundamentalisten zerstört. Die Eindringlinge, die zu den Teilnehmern eines Islam-Seminars gehörten, haben Wandmalereien aus dem 17. Jahrhundert vollständig ruiniert und bei eini-

gen Portraits die Augen der Abgebildeten beschädigt. Zudem sollen die Täter über die Fresken mit biblischen Szenen den Spruch „Allah ist groß“ geschrieben haben. Der Vorsitzende der islamischen Gemeinschaft in Albanien, *Hafiz Sabri Koci*, verurteilte die Kirchenschändung als einen „barbarischen Akt, der die religiösen Gemeinschaften gegeneinander aufbringen soll“.

Auch wenn infolge der jüngsten Unruhen 33 katholische Ordensleute Albanien verlassen haben, geht man davon aus, daß sich die *katholische Kirche* im Aufschwung befindet. Nach Informationen der albanischen Sektion von Radio Vatikan soll es derzeit rund 200 insgesamt 52 Kongregationen angehörende Ordensfrauen und rund 90 Geistliche aus 16 verschiedenen Orden geben. Etwa zehn Prozent von ihnen hätten die albanische Staatsangehörigkeit. Die Zahl der in Albanien tätigen Diözesanpriester soll sich seit der Wende in den Jahren 1991/1992 von 33 auf 117 vervierfacht haben. Die ersten Priesterweihen der in Shkoder in der Ausbildung befindlichen Kandidaten sollen im Jahre 2000 erfolgen.

Mit dem um die Jahreswende 1996/97 von Johannes Paul II. zum Bischof für Südalbanien berufenen Franziskaner *Hil Kabashi*, der zuletzt Albaner-Seelsorger in Deutschland war, sind derzeit fünf der sieben albanischen Diözesen besetzt. Im Februar diesen Jahres hat sich die albanische Bischofskonferenz neu strukturiert und den Erzbischof von Durres-Tirana, *Rrok Mirdita*, zum Vorsitzenden gewählt. Vor einigen Wochen wurde Erzbischof *Johannes Bulaitis* zum neuen Apostolischen Nuntius in Albanien ernannt, als Nachfolger von *Ivan Dias*, den Johannes Paul II. zum neuen Erzbischof von Bombay in seinem Heimatland Indien ernannte.

Auch wenn die jüngste Krise in Albanien die Instabilität des derzeitigen politischen Systems vor Augen führte, und immer wieder der Rücktritt des Präsidenten gefordert wurde, der sich im Mai 1996 nur durch massive Wahlfälschungen im Amt behaupten

konnte, stellte sich jüngst der katholische Episkopat hinter Berisha und den neuernannten Chef der Übergangsregierung, den Sozialisten *Sashkim Fino*. In einer am 9. April verabschiedeten *Erklärung der Albanischen Bischofskonferenz* (vgl. *Osservatore Romano*, 18.4.97) heißt es, es müsse alles getan werden, „um mit legalen Mitteln eine effiziente öffentliche Ordnung wiederherzustellen und das Vertrauen in die legitimen staatlichen Institutionen zu erneuern“. Alle müßten für das Gemeinwohl arbeiten und sich immer der Tatsache bewußt sein, daß Albanien allen Albanern gehöre. Es brauche einen langen Prozeß des Wiederaufbaus; voreilige Lösungen seien nicht von Dauer und könnten das Risiko künftiger Krisen vergrößern.

Ausländische Interessen mit im Spiel?

Die von Kennern der balkanischen Verhältnisse geäußerte Vermutung ist nicht von der Hand zu weisen, wonach hinter der Aufwiegelung einiger albanischer Rebellengruppen ausländische politische Interessen stehen. Es gibt Hinweise, daß die Rebellen finanziell von bestimmten serbischen Kreisen unterstützt werden. Danach sollen beispielsweise Gelder von einer Off-Shore-Firma in Zypern und von einer anderen aus Athen nach Albanien fließen. Zu den Empfängern dieses spektakulären Geldtransfers soll auch eine Firma in der albanischen Rebellenhochburg in Gjirokastra zählen, deren Chef wiederum ein hochrangiger Ex-Offizier des aufgelösten albanischen Geheimdienstes Sigurimi sei.

Hinzu kommt noch, daß angeblich zum Jahresanfang aus dem jugoslawischen Staatshaushalt etwa eine Million US-Dollar für die Aufrechterhaltung der Geheimoperationen in Albanien bewilligt worden seien. Die größten Aktivitäten sollen sich auf die im Süden des Landes lebenden orthodoxen Albaner konzentrieren. Um jeden Widerstand im Kosovo zu brechen, wo

bekanntlich um die zwei Millionen ethnische Albaner leben, wurde noch Anfang der 90er Jahre der Plan „Illyrien – Altes Serbien“ aufgestellt. Danach sollte Albanien destabilisiert und unfähig jedweder Unterstützung der Kosovo-Albaner gemacht werden. Die Lage in Albanien ist verworren. Die Ereignisse dürfen aber keinesfalls

als eine bloße innere Angelegenheit des albanischen Staates, sondern müssen gesamteuropäisch gesehen werden. Nachdem die Krise bereits grenzüberschreitende Auswirkungen zeigt, müßten wenigstens die EU-Europäer, die die Macht und die Mittel dazu haben, die junge Demokratie stabilisieren helfen. *J. B.*

Kirchen: Hilfestellung durch Unternehmensberater

Im März wurde in der Erzdiözese München und Freising eine Strukturuntersuchung vorgelegt, die auf einen Auftrag des „Pastoralen Forums“ dieses Bistums zurückgeht. Die Studie offenbart Schwachstellen in den Kommunikationsverhältnissen, Entscheidungsabläufen und Motivationsstrukturen.

In den beiden großen Kirchen in Deutschland ist man z.Z. dabei, sich Methoden der Öffentlichkeitsarbeit bzw. des Organisationsmanagement zunutze zu machen, die in der Wirtschaft seit langem zur Anwendung kommen, für die man sich kirchlicherseits bisher jedoch wenig interessierte, deren Anwendung auf die Kirche man z. T. sogar mehr oder weniger heftig ablehnte. Bei aller Unterschiedlichkeit im einzelnen scheint der Problemdruck bei den Kirchen ähnlich zu sein: Innere Kommunikationsschwierigkeiten, strukturelle Probleme, Austritte, und knapper werdende Finanzen schaffen Handlungsdruck.

Kirche wie ein Unternehmen betrachten

Im Sommer 1996 legte der führende Unternehmensberater McKinsey eine Untersuchung im Evangelisch-Lutherischen Dekanat München vor, die auf erhebliches öffentliches Interesse stieß (vgl. epd-Dokumentation Nr. 38/96). Wichtigster Befund: Die Evangelisch-Lutherische Kirche in München sei „in einem sich verstärkenden negativen Regelkreis gefangen“. Ein erhebliches De-

fizit weise sie in der Berücksichtigung von Mitgliedereinstellungen und -erwartungen auf. Dies fördere eine wachsende innere Distanzierung der Mitglieder. Die Bereitschaft zum Kirchenaustritt nehme zu, die ökonomische Basis der Kirche werde brüchig. Diese Entwicklung werde zwar erkannt, aber ein Konsens über die zu ergreifenden Gegenmaßnahmen bestehe nicht.

Am 13. und 14. März 1997 fand in Hamburg ein vom evangelischen „Sonntagsblatt“ veranstalteter „Kongreß Unternehmen Kirche“ statt. Der Evangelische Presse-Dienst resümierte, was man dort wohl nicht zum ersten Mal festgestellt haben wird: Die evangelische Kirche benötige „mehr Nähe zu den Mitgliedern, stärkere Einbindung der Mitarbeiter und einen offensiven Austausch über den Glauben“, „klare Leitungsstrukturen, exakte Zielvorgaben und offene Gespräche zur Motivation und Einbindung der Mitarbeiter“.

Ein zentrale Fragestellung des Kongresses lautete, inwieweit es möglich und sinnvoll ist, Kirche wie ein „Unternehmen“ in den Blick zu nehmen. Der Marburger Sozialethiker *Wolfgang Nethöfel*, Mitglied der Kongreßleitung, wurde mit der Ansicht zitiert, er halte diese Form des Nachdenkens aus der